



10.4.2018

561. **Erweiterung des Masterplans Digitale Stadtverwaltung**

Der Masterplan Digitale Stadtverwaltung wird um das Projekt „Freie Software und Offene Standards“ erweitert. Innerhalb der nächsten zwei Jahre wird die Stadt Dortmund die Potenziale von „Freier Software und Offenen Standards“ für die Verwaltung untersuchen.

Durch die gesellschaftliche Entwicklung hin zur Digitalisierung ergeben sich veränderte Anforderungen an die Informationstechnologie (IT) der Stadtverwaltung. Im Masterplan Digitale Stadtverwaltung werden derzeit diese Anforderungen beschrieben und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet, um die Entwicklung der Digitalisierung für die Stadt Dortmund zu gestalten. Die digitale Entwicklung wird stark durch die dafür eingesetzte Software geprägt. Es ist abzusehen, dass für die Digitalisierung, insbesondere in Bezug auf den Softwareeinsatz, ein hohes Maß an organisatorischer und technischer Flexibilität erforderlich sein wird.

Freie Software ermöglicht mehr Handlungsspielräume

Das Lizenzmodell der Freien Software räumt allgemein das Recht ein, Software für jeden Zweck zu verwenden, deren Funktionsweise zu verstehen, sie zu verbreiten und zu verbessern. Diese weitgehenden Rechte an einer Software können die zunehmende Digitalisierung in der Stadtverwaltung in organisatorischen wie gesellschaftlichen Aspekten unterstützen und weitreichende Handlungsspielräume gewähren. Daher werden die Potenziale von Freier Software in der IT der Stadtverwaltung in Bezug auf die vielseitigen Anforderungen durch die Digitalisierung systematisch untersucht.

Offene Standards sollen die Kommunikation erleichtern

Ferner wird in dieser Untersuchung berücksichtigt, dass im Rahmen der Digitalisierung Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden verstärkt digitalen Kontakt zur Stadtverwaltung suchen. Daher beschäftigt sich das Projekt neben der Betrachtung der Potenziale von Freier Software mit der Frage, wie die digitale Kommunikation mit der Stadt für alle Akteure zugänglich gestaltet werden kann. Dazu gibt das E-Government-Gesetz NRW für die Übermittlung von Dateien an Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen vor, dass offene und standardisierte Dateiformate genutzt werden sollen. Durch den Einsatz solcher Offenen Standards soll gewährleistet werden, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden technikneutral mit der Verwaltung kommunizieren können, also z.B. über mobile Geräte oder Heimcomputer beliebiger Hersteller und unabhängig von der eingesetzten Software.



Stadt Dortmund

MEDIENINFORMATION

Pressestelle der Stadt Dortmund
Frank Bußmann (verantwortlich)
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Telefon: +49 (0)231/50-2 30 22
Telefax: +49 (0)231/50-2 21 67
E-Mail: pressestelle@stadtdo.de
Web: www.dortmund.de/presse
www.dortmund-ueberrascht-dich.de

Das Projekt „Freie Software und Offene Standards“ wird in einem Beteiligungsverfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Die Einsatzpotenziale von „Freier Software und Offenen Standards“ werden von der Stadtverwaltung gemeinsam mit der Bürgerinitiative Do-FOSS (Dortmund-FOSS: englisch für **F**ree and **O**pen **S**ource **S**oftware, <http://do-foss.de>) untersucht. Die Bürgerinitiative engagiert sich bereits seit mehreren Jahren in einem öffentlich geführten Dialog dafür, die Vorteile von Freier Software und Offenen Standards für die Stadt Dortmund zu nutzen.

Kontakt: Maximilian Löchter